



Blattführer: Herrmannsdorf, in Breslau 5 Mark, Wochen-Blatt. 50 Pf.,
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühren für den
Raum einer sechsstelligen Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erhalten: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Ver-
anstaltungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 340. Mittags-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 24. Juli 1875.

Deutschland.

Berlin, 23. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landrath des Kreises Teltow, Brinzen Handberg zu Berlin, den Rother Adlerorden vierter Klasse; dem Kreisgerichts-Director Barnesius zu Lippstadt den königl. Kronenorden dritter Klasse; dem Schullehrer Holthausen zu Netze im Kreise Kempen den Adler des königl. Hausordens von Hohenzollern; sowie dem ehemaligen Gemeinde-Vorsteher Zbielemann zu Sielohain im Kreise Liebenow und dem pensionirten Thor-Controllenr Stöcker zu Ehrenbreitstein das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des deutschen Reichs den Legations-Rath v. Punsen zum General-Consul des deutschen Reichs in Alexandrien und den Kaufmann L. Geertlen in Matanzas zum Consul des deutschen Reichs ernannt.

Die von den Notabeln des Handelsstandes aus dem Bezirk des Handelsgerichts in Stralburg getroffenen Wahlen des Kaufmanns Rob. Schmitt, des Architekten Eugen Petiti, des Bau-Unternehmers Ludwig Häber und des Kaufmanns Ludwig Berger, sämtlich in Stralburg, zu Richtern, des Handelsenfalls Ernst Aufschläger, des Kaufmanns Rudolph Sengenwald, des Kaufmanns Eugen Carl Keller, des Directors der Bergbau-Gesellschaft „Rhön“, Jacob Kable und des Kaufmanns Leo Carl Ungemach daselbst zu Ergänzungsrichtern bei dem Handelsgericht in Stralburg, haben die Allerhöchste Befestigung erhalten.

Se. Majestät der König hat den Appellationsgerichts-Vize-Präsident Dr. Franke in Celle zum Präsidenten und den Ober-Appellations-Rath Schmidt daselbst zum Vize-Präsidenten des Appellationsgerichts in Celle, sowie den Obergerichts-Rath Kern in Rienburg zum Appellationsgerichts-Rath in Celle; und den dormaligen Dirigenten des Gymnasiums in Schrimm, etatsmäßiger Oberlehrer am Gymnasium in Schneidemühl, Dr. Wilhelm Guttman, zum Gymnasial-Director ernannt.

Dem Gymnasial-Director Dr. Wilhelm Guttman ist die Direction des Gymnasiums in Schrimm definitiv übertragen worden. Dem Oberlehrer Dr. Gysenhardt am Friedrichs-Realgymnasium in Berlin ist das Präbital „Professor beigelegt worden. — Der bisherige Baumeister Hermann Heinrich zu Altmern im Regierungsbezirk Merseburg ist zum königlichen Kreis-Baumeister ernannt und ihm die in eine Kreisbaumeisterstelle umgewandelte Baubeamtenthelle daselbst verliehen worden.

Der Kultusminister macht bekannt, daß für das laufende Jahr zum dritten Mitgliede der in Herborn eingerichteten Commission für die wissenschaftliche Staatsprüfung der Candidaten des geistlichen Amtes, und zwar für das Fach der Philosophie, der Professor Krieger in Herborn ernannt worden ist.

Berlin, 23. Juli. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm in Caseln am 19. d. M. Vormittags Vorträge entgegen und ertheilte Audienzen. Zur Tafel hatten der deutsche Botschafter aus Wien, Generalleutnant v. Schweinitz, welcher sich zum Kurgebrauch in Caseln aufhält, der Unter-Staatssecretär Sydow und Graf Traun Einladungen erhalten.

Am 21. d. Mts. hat Se. Majestät der Kaiser und König den Grafen zu Eulenburg, Director der Hauptverwaltung der Staatsschulden, und dessen Sohn, den Ober-Präsidenten von Hannover, sowie den Grafen von Schlabrendorff-Seppen zur Tafel gezogen.

Se. Hoheit der Prinz Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha ist aus Gotha hier eingetroffen.

Berlin, 23. Juli. [Der Marineminister v. Stosch.] — Regelung des Patentwesens. — Die „Germ.“ und die zustimmenden Bischöfe. Die vor einigen Tagen durch den „Reichsanzeiger“ veröffentlichte Uebersicht über den gegenwärtigen Stand der deutschen Marine stellen der Verwaltung des betreffenden Departements durch den Marineminister General v. Stosch ein ehrenvolles Zeugniß aus. Man muß sich nur der Miswirthschaft erinnern, an welcher dieser Factor der nationalen Wehrkraft bis zum Ende des Jahres 1871, um welche Zeit Herr v. Stosch ins Ministerium eintrat, gekrankelt hatte! Die im Mai 1872 stattgehabten Commissionenverhandlungen des Reichstages enthalten, was wohl noch nicht vergessen sein wird, gradezu Unglaubliches über die Verwaltung des kurz vorher in den Ruhestand versetzten Chefs der Marine-Abtheilung, des Admirals Sachmann; war doch allmählich in ihr so ziemlich auf allen Gebieten, sowohl dem des Rechnungswesens, wie dem der praktischen Thätigkeit eine Unordnung eingerissen, die mit den bisherigen Traditionen des preuss. Staates im greiflichen Widerspruch stand. Offenbar war Sachmann, ein im Uebigen ja als durchaus tüchtig anerkannter Seemann, der organisatorischen Thätigkeit, wie sie seit 1867 von der Marineleitung in so ungemein gesteigertem Maße gefordert wurde, nicht gewachsen, wie denn auch beispielsweise sein im Jahre 1867 gemachter und noch im Mai 1870 von ihm als völlig ausreichend bezeichneter Vorschlag für Marinebauten sich schon zwei Jahre später als ungefähr dreimal so niedrig erwies. Es ist ein ganz unleugbares Verdienst des Herrn v. Stosch, hier nach allen Richtungen hin Ordnung geschaffen und die Hemmnisse beseitigt zu haben, welche der Entwicklung unserer jungen Marine im Wege standen. Daß er es auch verstanden hat, sich mit der Reichsvertretung auf gutem Fuße zu halten, mag nebenbei erwähnt werden. Jedenfalls ist das bei seinem Amtsantritt vielfach kund gewordene Vorurtheil, nur ein Fachmann sei in der Lage, jenes Ministerium in richtiger Weise zu leiten, durch seine Amtsführung hinlänglich widerlegt worden. Uebrigens hätte ein Blick auf England, dessen tüchtigste Marineminister bekanntlich keineswegs immer Seeleute waren, hingereicht, diese Auffassung als unrichtig zu erkennen. — Ein hiesiger Correspondent des „Fris. Journ.“ knüpft an die obigen schon anderweitig gemeldete Nachrichten, die preussische Regierung habe beim Bundesrath die einheitliche Regelung des Patentwesens beantragt, die Bemerkung, das betreffende Gesetz werde wohl darum nicht zu Stande kommen, weil die Mehrheit im Bundesrath sich zu der Auffassung hinneige, die Patente seien überhaupt abzuschaffen. Diese Mittheilung ist nach Informationen an unterrichteter Stelle eine irrige, es kann im Gegentheil seinem Zweifel unterliegen, daß über die Nothwendigkeit einer einheitlichen Patentgesetzgebung, wie sie im Artikel 4 der Reichsverfassung vorgesehen ist, auch im Bundesrath bei der großen Mehrheit wenigstens vollkommene Uebereinstimmung herrscht. Der Vorschlag die Materie einfach durch Abschaffung des Patentwesens zu regeln, würde übrigens, wenn er überhaupt zum Vorschein käme, als ernstlich nicht betrachtet werden können. So bedauerlich es nun ist, daß auf diesem Gebiete bis jetzt noch so viel Verwirrung herrscht, so läßt sich auch doch nicht verkennen, daß gründliche Abhülfe nur die Frucht sehr eingehender Vorarbeiten sein kann. Immerhin wäre größere Beschleunigung der Angelegenheit dringend zu wünschen. — Die „Germania“ hat noch keine Gelegenheit genommen, sich über die zustimmenden Erklärungen der Bischöfe von Breslau und Hildesheim, denen sich inzwischen auch der von Köln angeschlossen haben soll, zu äußern. Es wird interessant sein, in welcher Weise das ultramontane Blatt das sacrificio d'Intellecto vollziehen wird, ohne das es ja nicht im Stande wäre, diese

neueste Wandlung des Episkopats zu vertheidigen. Liegt doch in jener Zustimmung ein förmliches Aufgeben des bisher so entschieden festgehaltenen Prinzips, man könne die Kirchengesetze vor Allem darum nicht acceptiren, weil sie einseitig, also ohne Vertrag mit Rom zu Stande gekommen seien. Freilich wird das Blatt schon einen Ausweg zu finden wissen, aber ob es damit bei seinen gläubigen Lesern gerade so viel Glauben findet, wie bisher, muß doch bezweifelt werden. Nebenbei bemerkt, ist die von einem rheinischen Provinzialblatte gebrachte, von clericaler Seite natürlich als grundlos bezeichnete Nachricht, in einem bestimmten Regierungsbezirk hätte bereits eine erhebliche Anzahl von Geistlichen ihre Unterwerfung unter die Maigesetze angezeigt, nicht allein vollkommen begründet, sondern man weiß hier bereits, daß das Beispiel aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit auch anderswo und in noch umfangreicherem Maße Nachahmung finden wird.

[Abgerufen.] Se. Excellenz der General-Intendant der königlichen Schauspiele v. Hülßen nach Bayreuth.

Nagelburg, 22. Juli. [Zur Reichstagswahl.] Der Landrath Graf v. Bernstorff richtet nachstehende Erklärung „an die Wähler des Herzogthums Lauenburg“:

Bei der am 15. d. Mts. stattgehabten Wahl zum deutschen Reichstage hat eine große Anzahl Wähler mir ihre Stimme gegeben. Für diesen Beweis des Vertrauens fühle ich mich gedrungen, hierdurch öffentlich meinen Dank auszusprechen. Es ist mir unter allen Umständen für das mir anvertraute verantwortungsvolle Amt der Verwaltung dieses Landes von großem Werth, zu wissen, daß eine beträchtliche Anzahl von Landesbewohnern mich mit ihrem Vertrauen stützt und sich mit mir eins weiß in den Bestrebungen für das Wohl unseres engeren lauenburgischen, wie unseres großen deutschen Vaterlandes. Ich habe mich einmal hier den Wählern gegenüber offen ausgesprochen und, falls sich nicht noch eine andere Gelegenheit dazu finden sollte, so wiederhole ich hier, daß ich diejenigen politischen Ziele zu unterstützen gedente, welche mit dem Namen unseres großen Ministers, des Fürsten von Bismarck, untrennlich verknüpft sind. Es ist die Politik, welche unser deutsches Vaterland unter dem Scepter des Hauses Hohenzollern geeint hat und nun das große Werk mit fester Hand gegen alle inneren und äußeren Feinde schafft. An dieser Arbeit als Mitglied des deutschen Reichstags mitzuwirken, ist mein Bestreben, und bitte deshalb Alle, welche mich hierin unterstützen wollen, am 26. d. Mts. die Mühe des Wählens nicht zu scheuen.

Hildesheim, 22. Juli. [Widerlegung.] Die Nachricht der N. Hannov. Ztg., der zufolge der Bischof von Hildesheim von den ihm unterstellten Geistlichen und diese wieder von den Mitgliedern ihrer Gemeinden einen Revers sich hätten ausstellen lassen, daß sie in Bezug auf die Maigesetze zu ihm, beziehungsweise zu den Geistlichen halten wollen, wird von der „Hildesh. Ztg.“ auf Grund eingezogener Erkundigungen für unbegründet erklärt.

Kassel, 22. Juli. [Klage gegen die preussische Krone.] Einer Mittheilung der „Köln. Ztg.“ zufolge haben die kurfürstlich Hessen-Philippsthal'schen Agnaten in diesen Tagen wirklich die in Aussicht gestellte Klage gegen die Krone Preußen auf Herausgabe des kurfürstlich hessischen Familien-Fideicommiss bei dem königl. Kreisgericht in Kassel eingereicht. Dadurch nimmt dieser Gegenstand, welcher den letzten Landtag beschäftigte, vom Neuen die öffentliche Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße in Anspruch, und dies noch um so mehr, als derselbe in seinen Consequenzen für die deutschen Fürstenthümer von großer Wichtigkeit ist und die beiderseits verfolgten Meinungen sich diametral entgegenstellen. Von agnatischer Seite, nämlich von dem fürstlichen Gesamthause Hessen-Philippsthal, wird geltend gemacht, daß das kurfürstlich hessische Familien-Fideicommiss ein reines Privatgut des Kurhauses, und daß es nach dem modernen Völkerecht nicht Brauch sei, auf das Privateigenthum eines depessirten Fürstengeschlechts, so wenig als auf dasjenige der Unterthanen das Kriegs-Eroberungsrecht zu erstrecken. Dagegen behauptet die als Manuscript gedruckte Staatschrift, daß das kurfürstlich hessische Familien-Fideicommiss ein zur Hofhaltung und Repräsentation des Landesherren bestimmtes, also öffentliches Vermögen bilde und daher der Disposition der Krone Preußen unterliege.

Fulda, 22. Juli. [Die Bischofsconferenzen in Fulda.] Voraussichtlich werden in Kürze wiederum Conferenzen des preussischen Episkopats hier stattfinden; die kritische Zeitlage erheischt eine häufigere Zusammenkunft. Ueber das bisherige „Büreau“ der Conferenzen bringt der hiesige Correspondent des „Frankf. Journ.“ in einem längeren Artikel einige Details, die auch weiterhin von Interesse sein dürften:

Der „geborene“ Präsident der Versammlungen ist der Erzbischof von Köln, der unseres Wissens bei keiner Konferenz gefehlt und daselbst stets in einer eines Pallium-Trägers würdigen Weise den Vorsitz geführt und die Verhandlungen geleitet hat. Eigentlich — und diese Forderung läßt uns vielleicht ein etwas engherziger Local-Patriotismus stellen! — hätte die Präsidentenehre dem hiesigen Bischof gebührt, der zwar kein Pallium besaß und nur 6000 Fl. Gehalt bezog, aber doch sicher an Zahl und Einfluß hinter dem Kölner Hof-Collegen nicht zurückstand und außerdem als Bischof der geistlichen Bonifacius-Stadt ein natürliches Vorrecht auf den Präsidentenstuhl hatte. Doch der verstorbenen Bischof Rott war viel zu seltsam, als daß er hierauf Anspruch erhoben hätte, und Herr Paulus Welschers vielleicht selbsthervorleuchtend, das Ehrenamt ohne besondere Nothigung anzunehmen. Als Concurrent hätte nur noch der Fürstbischof Dr. Förster von Breslau auftreten können, der in der Leitung von Versammlungen unter dreißig Personen durchaus nicht ungeläufig sein soll. Derselbe scheint sich indessen weniger für die geschäftliche Seite der Conferenzen und deren parlamentarische Form interessiert zu haben; wenigstens weiß man, daß er auf der Rückreise von der 1872er Herbstconferenz dem Colporteur in Westra ein Exemplar der „Memoiren Welschers“ abkaufte, also im einsamen Coupée sich wohl noch über Debatten, Ordnungsruufe und Abstimmungen nachgedacht hat. Ein anderes „geborenes“ Glied des Conferenz-Bureau's ist der Weibsbild-Käbel von Freiburg, dem stets das Amt eines Conferenz-Schreibers oder, besser gesagt, eines Protokoll-Führers übertragen wurde. Welche „erprobte Stellung“ der Bischof Ketteler von Mainz in den Conferenzen einnimmt, braucht nicht erst gesagt zu werden: er hat das Privilegium eines Protest- und Hirtenbrief-Compilanten. In den sogenannten deutschen Bischofs-Conferenzen erscheint dieser Prälat trotz dem „katholischen Abenteurer“ selbstverständlich, und wenn die Vorlagen des Ministers Fall eine spezifisch preussische Konferenz nöthig machen, so erinnert sich Herr von Ketteler seiner Paar ehemals darmstädter Kirchspiele in der Provinz Hessen-Nassau und ist demgemäß der Erste, der im Sitzungs-Saale erscheint. Daß er hier die Eigenschaft eines „großen Redners“ nicht verleugnet und mittels derselben alle Regungen der Nachgiebigkeit siegreich aus dem Felde schlägt, ist trotz hermetischen Thürverschlusses eine erwiesene Thatsache. Noch muß der Ex-Bischof Martin von Baderborn gedacht werden, dem sehr oft das Amt eines „Referenten“ für die auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungs-Gegenstände übertragen worden ist. Diese fünf Prälaten haben seit Jahren Anspruch auf das Epitheton „herborragend“ gemacht und sind mit dieser Forderung bei den hohen Collegen auch niemals auf Widerstand gestoßen. Sie sind es auch, die jede Fraktionsbildung inner-

halb des Episkopats unmöglich machen; denn sobald sich eine andere Strömung bemerklich macht, sind sie es, die mit erhobener Hand nach Süden zeigen und ausrufen: non possumus!

Wiesbaden, 22. Juli. [Katholischer Steuerzwang.] Wie rasch die Vermuthung, daß die Ultramontanen, um den in Folge der Einstellung der Staatseinkommen eintretenden Einnahmeausfall auszugleichen, an Stelle der „freiwilligen Beiträge“ gar bald den Zwang setzen würden, sich bestätigt, erhellt aus folgender Bekanntmachung des katholischen Kirchenvorstandes zu Wiesbaden: „Zur Befriedigung unserer Kirchenbedürfnisse ist die Erhebung von 12 pCt. der Staatssteuer als Kirchensteuer im Budget pro 1875 vom bischöflichen Ordinariat genehmigt worden. Die Steuerzettel, worauf der Erhebungstermin vermerkt ist, werden in diesen Tagen den Steuerpflichtigen zugehen.“ Daß es zur Begründung einer wirklichen Steuerpflichtigkeit unter allen Umständen der staatlichen Genehmigung bedarf, kann der Wiesbadener Kirchenvorstand unmöglich einfach übersehen haben; wenn er nichts desto weniger dies Wort ausdrücklich gebraucht, so ist die Erklärung dafür nur in der Absicht zu finden, auf die Gemeindeglieder einen wirksamen Zwang auszuüben. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß man zu diesem Mittel nicht gegriffen haben würde, wenn nicht die Noth dazu gebrängt hätte, d. h. wenn es mit der vielgerühmten Freiwilligkeit nicht sehr flau stände. Es bleibt nun abzuwarten, wie lange sich die Gemeindeglieder den gänzlich unbefugten Zwang gefallen lassen werden.

Aus der Pfalz, 22. Juli. [Ausweisung.] Dem seit fünf Monaten in Steinfeld weilenden Kaplan Beyerach von Pfalz (Trier) ist, wie die „Rhef.“ berichtet, vor einigen Tagen im Auftrage des Bezirksamtes bedeutet worden, daß er von der preussischen Regierung aus dem deutschen Reiche ausgewiesen sei und in drei Tagen Bayern zu verlassen habe.

München, 22. Juli. [Aus dem ultramontanen Lager.] Die „Südd. Pr.“ schreibt: „Im ultramontanen Lager herrscht jetzt große Niedergeschlagenheit. Man fühlt durch, daß nach den unerhörten Anstrengungen und Renommagen der Erfolg des 15. Juli ein beinahe lächerlich winziger ist. Bereits regnen auch die Vorwürfe und die Denuncationen. Der gegen den Domherrn Hofn in Würzburg gerichteten Anzeige des „Frankf. Volksblattes“, er habe seinen Bischof „niedergestimmt“, sind andere Denuncationen gefolgt. Namentlich beschwert man sich von hier aus in der „Deutschen Reichszeitung“ darüber, daß „katholische Geistliche in größerer Anzahl sich der Stimme enthalten oder, wie wir das von Einzelnen wissen, gar mit den Liberalen wählen.“ Eine schöne Illustration zu der von den Ultramontanen so heftig angestrebten „Wahlfreiheit“.

2. Straßburg, 22. Juli. [Beschlüsse des Landesausschusses.] — Neues Anatomiegebäude und die Auslichten des Universitätsbaues. Die über die Verhandlungen des bekanntlich am 17. d. geschlossenen Landesausschusses durch die Zeitungen veröffentlichten Protokolle reichen nicht über die Sitzung vom 29. Juni hinaus. Der Mangel stenographischer Aufzeichnungen macht eben die Anfertigung und endgültige Feststellung erspörender Sitzungsberichte zu sehr mühsamen und zeitraubenden Arbeiten. Man ist in Ermangelung offizieller Aufschlüsse hinsichtlich der letztwöchigen Verhandlungen des Ausschusses auf gelegentliche Mittheilungen einzelner Mitglieder angewiesen. Solchen zufolge hat der Landesausschuß die Gesamtsumme der nächstjährigen Ausgaben von 43,915,298 Mark auf 41,448,298 M. empfohlen, wodurch eine Ersparnis von 2,467,000 Mark erzielt werden würde. Die hierzu erforderlichen Abstriche sind bei der Forstverwaltung, der inneren Verwaltung, der Verwaltung der directen Steuern und der Universität gemacht worden. Bezüglich der Letzteren sprach der Ausschuß den Wunsch aus, daß die Hälfte ihres Etats, d. h. etwa 400,000 M. vom Reiche übernommen werde. Fürst Bismarck hat bei einer jüngst stattgehabten Unterredung mit Professoren unserer Universität den Charakter der Letzteren als „Reichs-Universität“ sehr stark betont; mit dieser Ansicht, die wir nur im vollsten Umfange als richtig bezeichnen können, würde die Forderung des Landesausschusses also nicht im Widerspruch stehen. Bezüglich der verlangten Anleihe von 11,450,000 M. hat der Landesausschuß vorgeschlagen; das Bedürfnis auf 8,810,000 M. herabzumindern und diese Summe durch Ausgabe von Schatzscheinen aufzubringen. — Vorgefunden ist das öffentliche Angebot der Rohbau-Arbeiten zu einem neuen Anatomie-Gebäude an der Südseite der Stadt in der Nähe des alten Bürgerhospitals geschlossen worden. Der Kostenanschlag für die Arbeiten beläuft sich auf nicht weniger als 472,000 M., so daß das Ganze weit über eine halbe Million kosten wird. Unter diesen Umständen muß man wohl den Gedanken aufgeben, daß dieses Gebäude nur ein provisorisches, nach wenigen Jahren zu den übrigen an der Nordseite der Stadt zu errichtenden Universitätsbauten verlegbares sein solle. Wir sind der Ansicht, daß, wenn jene Bauten überhaupt zur Ausführung gelangen, diejenigen für die medicinische Facultät am entgegengesetzten Ende der Stadt verbleiben werden, so daß eine höchst beklagenswerthe Zerreißung der Universität eintritt. Sicher wäre es des deutschen Reiches würdiger gewesen, gerade bezüglich der Universität Straßburg mit einem Werke aus einem Gusse, statt mit einem Flick- und Stückwerk, das den Essäffern wahrlich nicht imponiren kann, aufzutreten. „Am schönsten Mamon soll's nicht liegen!“ hat Fürst Bismarck bei der oben erwähnten Gelegenheit geäußert; es scheint aber doch, als ob die Rücksicht auf den schönen Mamon über alle nationalen und wissenschaftlichen Ansprüche den Sieg davongetragen hätte.

Frankreich.

Paris, 21. Juli. [Das Schreiben Bacher's.] Das officielle Blatt veröffentlicht folgendes Schreiben des Herrn Bacher, des Präsidenten des rechten Centrums und des intimen Freundes der Prinzen von Orleans:

Versailles, 20. Juli 1875. An den Director des stenographischen Berichtes der National-Versammlung. Mein Herr! Heute erst und auf die Anbeutung eines meiner Freunde, erlaube ich, indem ich auf den Bericht der Sitzung vom 15. Juli zurückkomme, eine ernste Auslassung in der Wiedergabe der Worte, welche ich auf der Tribüne nach der Rede des Vice-Präsidenten sagte. Ich sagte, und ich glaube, daß die ganze Versammlung hörte, wie folgt: „Ich fordere die Versammlung auf, sich der bereiten Worte des ehrbaren Herrn Berichterstatters zu erinnern und nachdem sie die vom Vice-Präsidenten des Convents und die von dem Herrn Siegelbewahrer abgegebenen Erklärungen vernommen und von denselben Act genommen hat, die von Herrn Varagnon vorgelegene Tagesordnung anzunehmen.“ Die Worte „und die von dem Herrn Siegelbewahrer“ wurden durch einen Irrthum, den zu erklären mir

unmöglich ist, nicht in dem Sitzungsberichte wiedergegeben. Ich bitte Sie daher, wie verspätet es auch sein mag, diese Auslassung dadurch wieder gut zu machen, daß Sie diesen Brief, welcher als Erratum zum Sitzungsbericht dienen wird, indem er den Text meiner Worte selbst wieder herstellt, in das offizielle Journal einrücken lassen. Genehmigen Sie ic.

Dieses Schreiben ist als der Vorläufer zu dem Austritt der reinen Orléanisten aus dem rechten Centrum und ihres Uebertritts zu den Bonapartisten zu betrachten. Es steht zu vermuten, daß Vocher nicht erst gestern, also fünf Tage nach der Veröffentlichung des offiziellen Berichtes, Kenntnis von demselben nahm, sondern daß er nur die Berichtigung erließ, weil es seine Freunde und besonders die Prinzen von Orléans für notwendig erachteten, aus der schlimmen Lage herauszutreten, in welche sie das krasse Auftreten des Präsidenten des rechten Centrums in der Donnerstags-Sitzung verfest hatte. Wie es heute in Versailles hieß, wo der Brief großes Aufsehen machte, fanden heftige Streitigkeiten zwischen den Orléanisten und den Bonapartisten des rechten Centrums statt, und der Bruch zwischen den beiden Parteien wird wohl nicht lange ausbleiben.

Spanien.

Madrid, 16. Juli. [Ueber die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz] wird der „N. A. Z.“ geschrieben: Je größer unsere ministerielle Presse die letzten Erfolge am Kriegsschauplatz dargestellt hatte, um so schwieriger wird es ihr jetzt, ihren liberalen Kollegen zu folgen und in das Terrain der Wirklichkeit herabzusteigen. Die Gesandnisse, welche sie machen muß, um der öffentlichen Meinung nur einigermaßen gerecht zu werden, sind allerdings schmerzhaft. Da heißt es z. B. in erster Linie, daß Voregaray schon einen Vorsprung von 4 Tagen hatte, als man sich zu seiner Verfolgung entschloß. Der Generalstab fand es bequemer, Cantavieja zu belagern, was weniger Anstrengung erforderte und doch Vorbeeren einbrachte. So konnten die Cabecillas Voregaray und Gamundi bei Caspe ruhig den Eroberungsfeldzügen und noch allerlei Unheil anrichten. Die Brücken von Alcanadre, Sarinena und Tormillo wurden zerstört, 2 Güterzüge geplündert und nachher verbrannt, einige 20 Waggon und 3 Maschinen in den Fluß gestürzt, 2 andere Lokomotiven aus dem Geleise gebracht. Das Stationsgebäude in Sarinena sowie die dort im Depot befindlichen Waggon wurden niedergebrannt, die Schienen aufgerissen und der Telegraph zerstört. In Barbastro verlangten die Banden zwei Millionen Realen und in Sarinena 18,000 Duros.

Alle diese Begebenheiten sind zuerst von der unabhängigen Presse gebracht und seitdem offiziell bestätigt worden.

Ueber die Belagerung von Cantavieja verbreitet sich nach und nach mehr Licht. — Ein in Valencia erscheinendes Blatt: „Las Provincias“ hatte einen Specialcorrespondenten in das Lager Jovellars geschickt, welcher in der größten Auszeichnung theilhaftig ward. Seine 5 Spalten langen Berichte verrathen nur zu sehr seine hohe Befriedigung; auch giebt er unverbolen seiner Bewunderung über Alles, was um ihn her vorgeht, Ausdruck. Noch sind die Siegesnachrichten eines Halbherzen und anderer französischer Romantiker zu sehr in aller Gedächtnis, als daß man den Lesern das überschwängliche Nachwort des phantastischen Valenzianers bieten könnte. Und dennoch kann ich es mir nicht versagen, die folgende Episode, welche ein eigenthümliches Licht auf die spanische Kriegsführung wirft, nach den Auszeichnungen des naiven Reporters von „Las Provincias“ hier wiederzugeben.

„Lager von Cantavieja, 5. Juli.

„Den ganzen Morgen hatte das Feuer gegen den Platz angehalten, welcher wie Tags zuvor antwortete. Um 2 Uhr Nachmittags besichtigten die Generale Jovellars und Aarraga in Begleitung ihrer Adjutanten die verschiedenen Batterien. Ich schloß mich ihnen an. Als wir an der Batterie ankamen, welche den Namen des hochkommandirenden (Jovellars) trägt, feuerte der Lieutenant Jotré einen Schuß ab, der eine Breche in der Mauer öffnete und zwar neben der Casa del diputado, nahe dem Winkel, welchen die Ringmauer am Fluße Debeja bildet. Es war 3 Uhr Nachmittags. — Unbeschreiblicher Enthusiasmus begrüßte diesen glücklichen Schuß und gleichzeitig erschien auf der Mauer eine weiße Fahne, während das im Lager gegebene Signal zur Einstellung des Feuers deutlich hörbar wurde. Welche Freude empfand ich! Gott sei gedankt, daß sich die Belagerten ergeben, rief ich aus und umarmte die mir zunächst Stehenden. Leider war es nur Illusion. Die Carlisten sind Spionier und als solche hartnäckig im Kampfe. Als wir ein wenig aus den Tranchéen herausstraten, sahen wir einen Parlamentär aus dem Platz kommen. General Jovellars befahl sofort, daß eine Commission des Generalstabes ihm entgegen gehen sollte, und ernannte dazu 2 Obersten, 1 Oberlieutenant, 1 Major und 1 Hauptmann. Ich erhielt die Erlaubnis, diese Herren begleiten zu dürfen.

Als wir nach dem Lager zurückkamen, fanden wir den General Jovellars und den Chef seines Stabes auf einem Felde rechts von der Batterie; ihre Adjutanten hielten sich in einiger Entfernung. Der Parlamentär näherte sich den Generalen und sprach längere Zeit mit ihnen. Er verlangte, daß man das Hospital in Cantavieja bei der Beschießung schonen möge, und bat um chirurgische Instrumente, da in der Festung Amputationen vorzunehmen seien und es dazu am nöthigsten feble. General Jovellars erklärte sich bereit, diesen Wünschen zu entsprechen. Die Artillerieofficiere der verschiedenen Batterien ließen sich den Punkt zeigen, wo das Hospital lag, und man schickte sich an, die chirurgischen Instrumente herbeizuschaffen. Da erscholl von den Mauern von Cantavieja eine Stimme, welche den General Esteban im Namen des carlistischen Brigadiers, Commandanten der belagerten Festung, Herrn Garcia Albaran um einige gute Cigarren bat.

Als der General Esteban von dem Wunsche seines intimen Freundes, wenigstens politisch ein Gegner, unterrichtet war, überreichte er dem Parlamentär 2 Stüd, die er gerade bei sich hatte. Der hochkommandirende, welchem dieser Mangel an Tabak nicht entging, ließ eine Kiste seiner Cigarren holen und dem Parlamentär überreichen.

General Esteban näherte sich nun der Festung und hatte eine lange Unterredung mit dem Commandanten derselben. Es war halb 6 Uhr, als er zurückkam. Das Bombardement wurde sofort wieder aufgenommen.

So der Valenzianer. Zwei Tage später ergab sich Cantavieja, welches nicht mit Sturm genommen wurde. Man machte aus keine 2000 Kriegsgefangenen; die Anzahl der erbeuteten Waffen läßt vielmehr die in meinem letzten Bericht gemachte Angabe als der Wahrheit am nächsten erscheinen. Die Verluste der Belagerten beliefen sich nach diesseitigen, wahrscheinlich übertriebenen Nachrichten auf 20 Tode und 50 Verwundete. Ueber die der Belagerer besitzt man noch keinerlei glaubwürdige Notizen und wird wohl auch schwerlich jemals darüber ins Klare kommen.

Der Telegraph hat über die Bedingungen, unter welchen Cantavieja capitulierte, nur wenige Worte verloren. Da aber dieses von Jovellars und Martinez Campos einerseits und dem carlistischen Brigadier-Gouverneur andererseits verfaßte Document ganz einzig in seiner Art ist und überdies der Geschichte angehört, so möge es hier ein Plätzchen finden.

1. Die Herren Brigadiere, Commandanten, Offiziere, Volontaire und sämtliche Civilcorporationen, welche in Cantavieja ihren Wohnsitz haben, sind Kriegsgefangene. Sie werden ausgewechselt werden, sobald im carlistischen Lager Gefangene vorhanden sind und wenn außerdem von den dortigen Behörden dagegen kein Einspruch erhoben wird. Unter diesen werden die Commandanten und Offiziere in Valencia und Saragosa, ohne daselbst eingesperrt zu werden (sacra de clausura), unter der Aufsicht der Behörden und auf ihr Ehrenwort hin, die Waffen nicht eher zu ergreifen, bis sie ausgewechselt sind, ihren Aufenthalt nehmen. Die dortigen Militärbehörden können den Offizieren und Cabetten Erlaubnis erteilen, nach solchen Punkten zu reisen, wo kein besonderer Grund zur Verweigerung vorliegt.

2. Die Commandanten und Offiziere behalten ihr sämtliches Gepäck und ihre Privatpapiere.

3. Die dem bestehenden Kriegsrecht gemäß wegen Insurrection (actos de guerra) anhängigen Prozesse werden niedergelegt.

4. Sollte sich unter der Garnison irgend Jemand befinden, der aus der

beideitigen Armee herabgegangen ist, so wird er gerade wie die Uebrigen behandelt werden, welches auch immer seine Stellung sein möge.

5. Welcher Art auch die Vorfälle sein mögen, die sich im Laufe des Krieges noch darbieten, die Gefangenen sollen niemals Gegenstand von Repressalien werden.

6. Wie sich auch immer die Kriegszustände gestalten mögen, so dürfen die Gefangenen nie weder nach den Colonien oder ins Gefängniß gebracht werden.

7. Je vier Offizieren und je zwei Commandanten wird ein Lastthier zur Fortschaffung des Gepäcks bewilligt, wenn sie keine Pferde haben.

Diejenigen, welche im Besitz von Pferden sind, dürfen sich derselben bedienen, bis sie an den ihnen angewiesenen Aufenthaltsort gelangen, woselbst dieselben abzuliefern sind.

8. Denjenigen, deren Familien im Umkreise von 6 Stunden wohnen, ist es erlaubt, dieselben von dem Borgefallenen durch einen Boten in Kenntnis setzen zu lassen.

9. Diejenigen, welche gemeine Verbrechen begangen haben, ehe sie in die carlistischen Reihen eingetreten sind, fallen der Justiz anheim.

Lager vor Cantavieja, 6. Juli 1875.

(Folgen die Unterschriften.)

Die beiden vorkiehenden Schriftstücke bedürfen keinerlei Commentars. Wenn der Carlismus irgendwo die Rechte eines kriegsführenden Theils genießt, so geschieht dies sicherlich in Spanien selbst und zwar in der offenkundigsten Weise. Wie der Kriegsminister mit dem Commandanten von Cantavieja vor und während der Belagerung unterbrochen im Verkehr stand, so hatte er auch gleich nach seinem Eintreffen im Centrum mit Voregaray Unterhandlungen angeknüpft. Ein Angriff, welchen ein uneingeweihter Commandant vorzeitig ausführte, ließ Voregaray Verdacht schöpfen. Er wählte sich verrathen und trat den bekannten Rückzug an.

Die Moderados, welche, seit Moriones, der Liebling der Armee, zurückgetreten ist, die Heeresleitung vollständig an sich gerissen haben, wissen recht gut, daß sie dem Aufstande niemals mit den Waffen ein Ende machen werde. Hat doch der letzte siebenjährige Krieg, wo die Liberalen gut geführt und voller Enthusiasmus waren, die Aufgabe nicht gelöst, sondern nur durch ein Convenio auf unbestimmte Zeit vertagt. Darauf richtet sich auch heute das ganze Bestreben der Moderados. Sie wollen um jeden Preis ein Convenio zu Stande bringen, denn ihre Reihen haben sich, seit ein Hauch von Feigheit durchs Land zog, doch ein wenig gelichtet; ihre Partei bedarf eines Zuwachses, um in den künftigen Cortes die alte reactionäre Majorität wiederherzustellen. Die Carlisten stehen ihnen nun aus politischem Gebiete am nächsten und waren lange Jahr ihre Allirten im Parlament. Daher datirt die Freundschaft, welche man jetzt von Neuem befestigen möchte.

Herrn Canovas bleiben alle diese Manöver nicht verborgen, doch ist er gegenüber den Moderados, welchen, wenn nicht alle Angelegenheiten, die Zukunft gehört, nicht genug mächtig und — vielleicht schlägt auch sein Herz im Stillen für die katholische Einheit.

Großbritannien.

London, 20. Juli. [Officielle Correspondenzstücke über die Frage der rumänischen Handelsverträge.] Die Regierung veröffentlicht heute ein Bündel Correspondenzstücke „betreffend die Frage des Abschließens von Handels-Conventionen seitens der Fürstenthümer“. Es sind in Allem 18 Nummern, theils Depeschen, theils Berichte auswärtiger Gesandten, theils Denkschriften, die in die Zeit vom 6. Juli des vorigen bis 20. Januar dieses Jahres fallen. Im Ganzen genommen, enthalten sie wenig, was auf die betreffenden diplomatischen Verhandlungen neues Licht werfen könnte; doch dürfte es von Interesse sein, einige der vorgelegten Schriftstücke hier im Auszuge zu erwähnen, zumal diejenigen, welche besonderes Interesse für Deutschland besitzen.

Den Anfang macht eine Depesche Lord Derby's an den britischen Votschafter in Wien, Sir Andrew Buchanan, d. 6. Juli 1874. In ihr theilt er diesem eine Depesche des Grafen Andrássy mit, in der die (bekannten) Ansichten und Forderungen der österreichischen Regierung bezüglich der Berechtigung der Fürstenthümer zum freien Abschluß von Handels-Conventionen auseinandergesetzt sind, und berichtet außerdem, wie Graf Beust diese Forderungen im Geiste seines Chefs mündlich begründet hatte.

Depesche Nr. 2 ist von Lord Derby an den englischen Votschafter in Konstantinopel, Sir Henry Elliot, datirt, vom 22. Juli 1874 datirt und lautet: „Der deutsche Votschafter hat mir einen Besuch ab und las mir eine Depesche des Grafen Bismarck vor, welche den Wunsch der deutschen Regierung ausdrückte, daß England seinen Einfluß bei der Pforte geltend machen möge, um für Rumänien und Serbien das Zustandekommen des Rechtes für den Abschluß von Handelsverträgen auf ihre eigene Rechnung und ohne Bezugnahme auf Konstantinopel zu erwirken. Darüber entpinnen sich einige Erörterungen, doch war die Antwort, die ich dem Grafen Münster erteilte, im Wesentlichen dieselbe, die ich früher dem Grafen Beust erteilt hatte, nämlich daß J. M. Regierung nicht geneigt sei, irgend einen Druck auf die Pforte bezugs Ertheilung des fraglichen Zustandekommens auszuüben. Der Gegenstand, fügte ich hinzu, scheint mir ein derartiger, bezüglich dessen das Recht des Sultans und seiner Räte, die ihr eigenes Urtheil über das den Interessen des Reiches Zweckdienliche zu bilden und danach zu handeln, nicht in Abrede gestellt werden kann und geachtet werden sollte. Andererseits stimme ich mit dem Grafen Münster in dem überein, daß das vorgeschlagene Zustandekommen kein wirkliches oder wesentliches Opfer von Seiten der Pforte bedinge, und daß, obwohl es nicht mein Wunsch sei, die Initiative bei dessen Vorbringung oder Unterthänigkeit zu ergreifen, dennoch von J. M. Regierung seiner Gewährung kein Hindernis in den Weg gelegt werden, und daß, wenn sie gefragt werden sollte, sie der Pforte sicherlich nicht empfehlen würde, sich gegen die Wünsche der tributären Besitzungen so wie der Regierungen Deutschlands und Oesterreichs in Opposition zu stellen.“

Schriftstück Nr. 3 ist eine Depesche von Marisi Pascha, datirt 19. August, in welcher die Pforte der englischen Regierung (gleichzeitig auch den übrigen Regierungen) die Gründe aufzählt, weshalb sie an den alten Tractatsbestimmungen festhalten und das Recht der Action sich wahrnehmen müsse. Wogegen ein vom 10. September datirtes Memorandum des Fürsten Ghila, des rumänischen Agenten in Konstantinopel (Schriftstück Nr. 4), die Rechte seiner Regierung zum Abschluß selbständiger Handelsverträge auseinandersetzt. Auch dieses Actenstück wurde bekanntlich seiner Zeit nicht bloß England, sondern auch den übrigen betreffenden Mächten mitgetheilt.

15. September meldet der britische Votschafter in Konstantinopel, daß der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Oesterreich und den Fürstenthümern zu ähnlichen Tractaten der letzteren mit Deutschland und Rußland führen und jede Gegenüberstellung überflüssig sein dürfte. Demgemäß gebe er der Pforte ausdrücklich den freundlichen Rath, sich den Wünschen Oesterreichs zu fügen. Darauf antwortete Lord Derby am 14. October, daß er dessen Haltung der Pforte gegenüber billige, und obwohl er selber überzeugt sei, daß die Ansprüche Rumäniens im Widerspruch zu den bestehenden Tractatsbestimmungen ständen, die Pforte eventuell gut thun würde, zu erwägen, wie weit es möglich wäre, harnlose Zustandekommnisse zu machen, durch welche die Forderungen der Fürstenthümer und der sie unterstützenden Mächte befriedigt und gleichzeitig stärkere Schranken errichtet werden könnten gegen die vom Fürsten Carl in seinen Reden begonnene Agitation für politische Unabhängigkeit. Depesche Nr. 7, datirt 31. October, handelt von einem Gespräch Lord Derby's mit dem türkischen Votschafter in London, in welchem er diesem mündlich dieselben in der vorhergehenden Depesche enthaltenen Bemerkungen zu Gemüthe führt. Schriftstück Nr. 8 enthält die Instructionen, welche der deutsche Votschafter in Konstantinopel am 20. October seinem ersten Dragoman erteilte und in denen er die Gründe auseinandersetzt, aus welchen die deutsche Regierung sich berechtigt hält, ohne Verletzung der bestehenden Tractatsverpflichtungen und ohne Abänderung der zwischen der Pforte und den zwischen den Fürstenthümern bestehenden Beziehungen directe Handelsverträge mit den Fürstenthümern abzuschließen, die jedoch nicht vom Monarchen contrasignirt und somit jedes politischen Charakters entleidet sein sollen. Die gleichzeitige Erlassung ähnlicher Weisungen von Seiten der österreichischen und russischen Votschafter in Konstantinopel an ihre ersten Dragomanen ist bekannt, und nicht minder bekannt sind die wiederholten Einwendungen, die von der Pforte gegen sie erhoben wurden.

Am 10. November schrieb Lord Derby an den britischen Votschafter in Berlin, Lord Odo Russell (Schriftstück Nr. 10): „Der deutsche Gesandte besuchte mich heute, um, wie er sagte, auf Wunsch des Fürsten Bismarck eine Erklärung zu geben über die Haltung seiner Regierung in der Frage der rumänischen Handelsverträge. Se. Excellenz versicherte mir, daß keinerlei durch die rumänische Regierung etwa entworfenen Pläne behufs einer Tren-

nung der Fürstenthümer vom türkischen Reiche durch Deutschland Aufmunterung erhalten haben oder werden; und eben so wenig wünsche seine Regierung irgend einen Schritt zu thun, welcher die der Türkei verträglich geführte Lage schädigen könnte. Die gegenwärtig in der Erörterung befindliche Frage berühre deutsche Interessen praktisch nicht; was seine Regierung zur Befriedigung an ihr bewogen habe, sei theils der Wunsch, Oesterreich zu unterstützen in einer Angelegenheit, an welche dieses große Wichtigkeit knüpfte, theils auch der Wunsch zur Befriedigung künftiger Verwickelungen, die ohne das Zustandekommen irgend welchen Uebereinkommens wahrscheinlich entstehen würden. Seinem Dafürhalten nach sei die Pforte geneigt, die Frage in verständlichem Geiste zu behandeln, und wenn dem so sei, sollte ein Ausgleich un schwer zu erzielen sein. Fürst Bismarck, so sagte er, legt großes Gewicht auf die Mitwirkung Englands, und wünscht insbesondere, daß das Princip seiner Action von Ihrer Majestät Regierung klar verstanden werde. Darauf erwiederte ich, daß ich Sr. Excellenz Darlegung mit großem Vergnügen gehört und zuversichtlich hoffe, daß die Erreichung einer befriedigenden Lösung auch jetzt noch möglich sei. Es müsse ihm (dem Grafen Münster) bekannt sein, daß England die von den Regierungen und den Fürstenthümern jetzt gestellte Forderung im Principe nie zugestanden habe und daß sie mir offenbar gegen die Tractatsbestimmungen zu freieren scheine. Dem zufolge könne ich nur bedauern, daß man nicht versucht habe, die Pforte zu vermögen, das betreffende Vorrecht freiwillig als eine Gunst, nicht aber als ein Recht zugestehen, wodurch das angestrebte Ziel ohne irgend eine Tractatsverletzung und ohne Aufstellung eines für die Zukunft gefährlichen Präcedenzfalles ebenfalls hätte erreicht werden können. Ueber die Verständigkeit und Mäßigung in der Ausdrucksweise von Seiten der Pforte war ich mit Sr. Excellenz gleicher Meinung und versicherte ihm, daß er sich auf die Verwendung von J. Maj. Regierung zur Verhütung etwaiger äußerster Schritte und zur möglichsten Ausgleichung etwa bestehender Unannehmlichkeiten verlassen könne.“

Am 13. November berichtet Lord Derby abermals an Lord Odo Russell (Schriftstück Nr. 13) über eine Unterredung, die er mit dem Grafen Münster gehabt und in welcher er abermals darauf zurückkam, ob es nicht im Interesse der Heilhaltung der bestehenden Tractate gerathener wäre, die Form zu respectiren und von der Türkei als ein freiwilliges Zugeständniß zu erreichen, was tractatmäßig nicht von ihr verlangt werden könne. Graf Münster versprach, diese Bemerkungen an seine Regierung nach Berlin gelangen zu lassen. Nun folgt noch das bekannte Circularschreiben der türkischen Regierung vom 16. November; dann eine Depesche Lord Derby's an Sir Henry Elliot vom 20., in welchem er vorschlägt, die strittige Frage mit der Revision sämtlicher türkischen Handelsverträge zusammenzuwerfen; hierauf Berichte von demselben an denselben, dat. 5. December und 20. Januar, über Gespräche mit dem hiesigen türkischen Votschafter, in welchen über die Einberufung einer Conferenz und über die Veröffentlichung eines Fernmans, der das gewünschte Zugeständniß enthalten solle, Erörterungen gepflogen worden. Der Gedanke betreffs des Fernmans wurde von der Türkei, der einer Conferenz von den Mächten abgelehnt, und — damit endigen die vorgelegten Correspondenzstücke.

Afrika.

[Das Reich des Sultans von Zanzibar.] Bei dem Interesse, welches der gegenwärtig Europa bereisende und zur Zeit mit dem Genuße der Herrlichkeiten von Paris beschäftigte Sultan von Zanzibar in Anspruch nimmt, dürften einige Notizen über das Reich dieses Herrschers willkommen sein. Näher bekannt ist und das Land erst seit den Forschungsreisen Livingstone's und seiner Nachfolger. Die jüngsten Veröffentlichungen über dasselbe finden sich in den Erzählungen des Capitän Elton (1873) und des Dr. Ritt (1874). Die Stadt Zanzibar liegt auf einer Insel und hat etwa 25,000 Einwohner; die Insel selbst wird auf etwa 100,000 Einwohner geschätzt und hat ungefähr 1600 Quadrat-Meilen Flächeninhalt. Die Herrschaft des Sultans umfaßt indeß nicht bloß diese Insel, sondern greift auch nach dem afrikanischen Continente hinüber, wo sie über ein im Norden und Süden nur schlecht und nach dem Innern des Continents hin gar nicht bestimmt begrenztes Gebiet sich erstreckt. Die gegenwärtige Selbstständigkeit des Staates datirt seit dem Jahre 1857, wo der Sultan Sejid-Said, der es mit dem Imam von Maskat vereinigt hatte, starb und seine beiden Söhne sich in die Länder desselben theilten. Das Staatseinkommen wird auf 2 Millionen 400,000 Fr. geschätzt; die Armee beträgt 1400 Mann. Der Handel, den Zanzibar mit Indien, Arabien, Persien, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Deutschland, Großbritannien und Frankreich führt, bezieht sich auf etwa 5 Millionen Fr. Die Ausfuhrartikel des Landes sind Eisenbein, Dorsale, Kopal, Gewürznelken, Sesam, Kokusöl und Zelle, Production und Handel des Landes sind in Zukunft ohne Zweifel noch einer großen Ausdehnung fähig. Jetzt wird der Hafen von Zanzibar im Jahre durchschnittlich von etwa achtzig Schiffen, die Kriegsschiffe mit inbegriffen, von etwa 50—60,000 Tonnen Gesamtgewicht besucht. Deutschland und Frankreich participiren an diesem Verkehr mit je etwa 10—12 Schiffen.

Provincial-Beitrag.

—d. Breslau, 23. Juli. [Aeltesten-Versammlung.] Von der „Breslauer Commission zur Wahrung der Interessen des Handwerkerstandes“ waren die Aeltesten der hiesigen Zünfte gestern Abend zu einer Versammlung in den kleinen Saal der hiesigen Brauerei auf der Nicolaistraße eingeladen worden. Aeltester-Obermeister Schorake eröffnete dieselbe mit einem Ueberblick über die Thätigkeit der Handwerker, wie sie ihren Ausdruck in den verschiedenen Petitionen der Arbeitgeber an den Bundesrath und Reichstag gefunden habe. Wenn auch kein greifbares Resultat errungen worden sei, so sei man doch in höheren Kreisen auf die mancherlei Schäden und Gebrechen im Handwerk aufmerksam geworden. Eine Folge hiervon sei die Anordnung der Gewerbe-Enquête gewesen. Auch er (Redner) habe sein Gutachten beim Stadtrath Mars abgegeben und sich vorzugsweise für die Einführung der Arbeitsbücher erklärt. Dagegen habe er sich gegen den Wunsch der Fortbildungsschulen seitens der Lehrlinge in den Abendstunden erklärt, weil er sich von einem Unterricht keinen Nutzen versprechen könne, an dem die Lernenden nach der Tagesarbeit abgemattet an Körper und Geist Theil nehmen. Redner behauptet im Weiteren, daß auch dieser Enquête gegenüber die Arbeitgeber sich wiederum lässiger gezeigt haben, als die Arbeitnehmer, welche sich in Menge zur Vernehmung gemeldet haben. Im Uebrigen könne er mittheilen, daß die Arbeitgeber in ihren Urtheilen und Forderungen ziemlich übereinstimmend seien. Nur die Fabrikanten haben andere Forderungen zu stellen gehabt. Schneidermeister Gregor berichtet, daß nach einer Mittheilung des Stadtraths Mars die Forderungen der Arbeitgeber aus ganz Deutschland, soweit sie demselben bekannt geworden sind, mit denen der Breslauer Arbeitgeber übereinstimmen. — Schneidermeister Heidemann erstattete demnach Bericht über die Verhandlungen des 12. Schlesischen Gewerbetages zu Reife, speciell über die Resolution des Herrn Dr. Holke bezüglich der Einführung der Arbeits-Controlbücher (nicht Arbeits-Contractbücher, wie in den Zeitungen irrtümlich berichtet wurde), sowie der Arbeits-Erlaubnisscheine, sojann noch speciell über die Verhandlungen bezüglich der Einführung von gewerblichen Fortbildungsschulen. Schließlich trat Redner, dessen Ausführungen mit vielem Beifall aufgenommen wurden, noch dem hier und da verbreiteten Vorurtheil gegenüber, als huldige der Gewerbeverein vorzugsweise Vergünstigungen auf den Gewerbetagen besungen das Gegenstück. Er (Redner) könne nur die Anwesenden dringend auffordern, mit ihren Innungen in den Central-Gewerbevereinen einzutreten, wo sie ein reiches Feld für ihre Thätigkeit finden. In gleicher Weise äußerten sich Schneidermeister Gregor und Sattler-Obermeister Pracht. Im Anschluß an das Referat des Herrn Heidemann führte Tapezierer Wunderlich aus, es ruhe in unserer Gewerbe-Verfassung eine organische Krankheit, deren Symptome nur immer ersicht werden, ohne durch eine Radicalcur die Krankheit selbst zu heben. Redner suchte dies im Weiteren zu begründen. — Seilermeister Hahnemann gab hierauf den Rassenbericht. Voriges Jahr war ein Bestand von rund 188 Zähl.; eingenommen wurden 76 Zähl., verabschiedet 39 Zähl., so daß der gegenwärtige Rassenbestand 225 Zähl. beträgt. — Zum Schluß der Versammlung wurde beschlossen, den 4. allgemeinen deutschen Handwerkerstag, welcher am 12., 13. und 14. August in Cassel tagen wird, durch 2 Delegirte zu beschicken. Es wurde hierzu gewählt: Aeltester-Obermeister Schorake und Schneidermeister Heidemann.

—d. Breslau, 23. Juli. [Schlesischer Centralverein zum Schutze der Thiere.] Die am 23. d. M. abgehaltene Vorstandssitzung eröffnete der

Vorsitzende, der Königl. Deputations-Commission Dr. Ulrich, mit der Mittheilung, daß das Polizeipräsidium den Polizeicommissarius Klose mit 9 Mark und den Schulmann Sommer mit 6 Mark für ihr im vergangenen Quartal an den Tag gelegtes Interesse für die Thierschutzsache aus dem Prämitionsfonds prämiirt habe. — In einem von Herrn Kriebel, dem Vorsitzenden des Thierschutzvereins, vorgelegten Schreiben ersucht derselbe um Unterstützung eines Gesuches um Aufhebung des § 24 Abs. 2 des Thierschutzreglements, wonach auch unbefugte Droßeln im Innern der Stadt zum Fahren im Trabe verpönt sind. In Rücksicht darauf, daß dieselbe Einrichtung in Berlin auch wieder aufgehoben worden sei, wird dem Thierschutzverein angetragen, bei der Königl. Regierung dieserhalb vorstellig zu werden. — Zimmermeister Glismisch berichtet, daß man gegenwärtig auf dem Schlachthofmarkte rüstig arbeite, die gerügten Uebelsstände abzustellen. — Zur Abhilfe der Pferdequälereien am sog. Schlange, welche sich aller Anzeigen ungeachtet bis jetzt nicht haben bessern lassen, soll an den Magistrat das Gesuch gerichtet werden, als alleiniges Mittel die Pflasterung vorzunehmen zu lassen. Gleichzeitig soll die Abpflasterung der Auffahrt zur Rosenthaler Brücke als gleich notwendig bezeichnet werden. — Demnach wurde beschlossen, der nächsten Generalversammlung vorzuschlagen, den bisherigen Protector des Vereins, den Ober-Präsidenten a. D. Freiherrn v. Nordenflicht zum Ehrenmitgliede zu ernennen, um dann auf die Wahl eines neuen Protectors Bedacht zu nehmen. — Nach den ausführlichen und interessanten Referaten des Herrn Baron v. Rot hlich über die Jahresberichte der Thierschutzvereine zu Stargard und Götze berichtete das Ehrenmitglied, Staatsanwalt Jänsch, über seine Thätigkeit beßus Ausbreitung der Thierschutzideen in der Provinz Ostpreußen. Darnach habe bei seiner Niederlassung daselbst im Jahre 1868 noch kein Thierschutzverein bestanden. Seiner Bemühung sei es gelungen, der Idee des Thierschutzes in genannter Provinz Eingang zu verschaffen. In Königsberg, Tilsit, Angerburg, Sensburg und Arps beständen bereits Thierschutzvereine, welche im Geiste des biesigen Vereins ihre Thätigkeit entfalten. Der Vorsitzende statuierte im Namen des Vereins dem Redner seinen Dank ab und verordnete ihn der ferneren warmen Theilnahme an seinen verdienstvollen Bestrebungen. — Instituts-Vorsteher Windrich theilte mit, daß er vom Thierschutzverein zu Frankfurt a/M zum Ehrenmitgliede ernannt worden sei. — Mehrere eingegangene Denunciationsen über Thierquälereien wurden zum Schluß der Polizeibehörde zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Breslau, 24. Juli. Angekommen: Sr. Excellenz v. Stülpmagel, General der Infanterie und Chef der Land-Genarmie, aus Berlin. (Remb.-Bl.)

— d. Frankenstein, 23. Juli. [General-Lehrerconferenz.] Nach Eröffnung der gestern abgehaltenen General-Lehrerconferenz mit Gesang und Gebet erfolgte die Vorstellung des neuen Kreis-Schulinspektors Dr. Schöndau. Es folgte die Feststellung des Personalbestandes und der Bericht des abgelaufenen Schuljahres, woran sich die Mittheilung mehrerer Verfügungen der Königl. Regierung reihte. Eine längere Debatte rief die Ferien-Anordnung hervor. Einzelne Landrathsämter sind damit einseitig vorgegangen. Schul-Inspektor Pohl stellte die Frage, ob die im Reichsbach Kreis belegenden Schulen noch dieselbe untergeordnet sind, was vom Kreis-Schulinspektor Gräbe bejaht wird. Für die Proposition der Königl. Regierung: „Wie wird das Wiederholen und Einüben des Gelernten am zweckmäßigsten beim Unterricht in Ausführung gebracht?“ fungirte als Referent Cantor Seiffert, als Correferent Pastor Bergwitz (Quindenborf). Die vom Referenten aufgestellten Thesen erschienen nicht geeignet, der Debatte zu Grunde gelegt zu werden. In der Debatte entwickelten sich demgemäß sehr verschiedene Ansichten über die Auffassung des Themas. Man einigte sich schließlich dahin, daß auf die verschiedenste Weise und bei jeder Gelegenheit im Unterricht durch kurze, zweckdienliche Fragen auf Wiederholung und Einübung des gesammelten geistigen Bestandes der Kinder hinzuwirken sei.

— Bad Reinerz, 22. Juli. [Zur Saison.] Unser Bad ist nunmehr in die Hochsaison eingetreten, welche mit den Schulferien beginnt und mit dem Anfang der Gerichtsferien ihren Höhepunkt erreicht. Dem entsprechend ist auch die Anzahl der Kurgäste gestiegen. Die letzte Kurliste weist 1165 Nummern mit 1927 Personen auf gegen 1165 Nummern und 1774 Personen derselben Woche des Vorjahres. Wenn jüngst verbreitet wurde: es mangle hier gänzlich an Wohnungen und es hätten hier angekommene Personen wieder umkehren müssen, so können wir nach genauer Information versichern, daß es an Wohnungen in der Stadt noch nicht gemangelt hat und die Neuankommenen schon immer nach einigen Tagen mit leichter Mühe ein Unterkommen im Bade selbst fanden. So werden seit einigen Tagen im Bade selbst täglich Wohnungen als leerstehend in der Inspection angemeldet, wo neue Ankommlinge sich stets am besten über die vorhandenen unterrichten können. — Das Wetter war hier fast den ganzen Juli hindurch feucht und es erfolgten fast täglich ziemlich reichliche Niederschläge. Es ist daher jetzt um so wahrcheinlicher, daß wieder heftigeres und beständigeres Wetter eintreten werde. Für die Unterhaltung der Kurgäste war in der letzten Zeit durch mehrere Concerte und andere Aufführungen genügend georgt. Vorgehens concertirte die Kapelle des 18. Inf.-Regts. unter Leitung des Musikdirectors Rißoff auf dem hiesigen Kurplatze und hatte sich trotz der zweifelhafsten Witterung ein zahlreiches Publikum eingefunden. — Nächsten Montag wird von hiesigen Kurgästen unter Mitwirkung der hiesigen Vadelcapelle ein Wohlthätigkeitsconcert veranstaltet werden, das bei der Reichhaltigkeit des Programms und der Persönlichkeit der Mitwirkenden einen äußerst geglückten Abend verspricht. — Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer letzten Sitzung endgiltig den Neubau der bedeckten Glashalle, der Wartehallen, des Wasserturms und der Douchenäle nach den vorgelegten Zeichnungen.

A. Neurobe, 22. Juli. [Wetter. — Spaziergänge. — Passions spiel.] Seit vorigem Freitag haben wir jeden Tag mehr oder minder starke Regengüsse, die theilweise durch Gewitter, die aber unserer Gegend lagern, hervorgerufen werden. — Am Montag fand der alljährliche Spaziergang der hiesigen evangelischen Schule bei ziemlich günstigem Wetter statt. Die kleine Schaar der fröhlichen Jugend zog unter Musikbegleitung nach dem nahe gelegenen Bucht und vergnügte sich in dem schönen großen Garten durch allerlei Spiele. Herr Pastor Ahlers, der allgemein beliebte, wahrhaft humane Geistliche, hatte es sich angelegen sein lassen, in jeder Weise für seine Zöglinge zu sorgen. Durch eine Sammlung in der Gemeinde kamen die nöthigen, ja reichlichen Mittel ein, um die Beförderung zu beschaffen. Der drohenden Wolkens wegen mußte der Rückweg schon um 8 Uhr angetreten werden, nachdem vorher einige patriotische Lieder gesungen worden. Die Theilnahme der Eltern und Freunde der Kinder war, wie immer, eine sehr rege. Vor einigen Wochen bereits hatten die Privatschule des Hrn. Actor Wärtner, sowie die Spielschule ihren Frühjahrsausflug unternommen. Letztere steht unter Protection des hiesigen vaterländischen Frauen Vereins und hat großen Zuspruch. Die Lehrerin, eine geprüfte Kindergärtnerin, ist zum großen Leidwesen unserer vielen Ultramontanen evangelisch und trotzdem sie sich die Liebe aller Kleinen in vollem Maße erworben, so können doch gewisse Frauen Aeußerungen, wie, daß ihre Kinder evangelisch gemacht werden sollen u. c., nicht unterlassen. Ähnlich ergeht es den mildthätigen Damen, die im Frauenverein für Beförderung der alten armen Leute sorgen. Auch hier soll für den Protestantismus Propaganda gemacht werden. — Die gestrige erste Aufführung der Pantomime war von den besseren Plätzen nur dünn besetzt. Ob die hohen Preise schuld waren?

© Trebnitz, 22. April. [Zur Tagesgeschichte.] Nachdem die hierorts seit 9 Jahren bestehende „Handwerker-Lehrlingschule“ seit dem Herbst vorigen Jahres bereits infolge einer Erweiterung erhalten, daß neben den sonntäglichen Wiederholungsstunden auch am Montag Abend ein Unterrichtscursus für die bereits weiter geförderten Lehrlinge eingerichtet worden ist, läßt sich der hiesige Magistratsdirigent angelegen sein, die soeben erwähnte Schule möglichst bald auf die Stufe einer „gewerblichen Fortbildungsschule“ zu erheben und zu diesem Zwecke war auch in der letzten Stadtvorordneten-Sitzung gerade diese Angelegenheit der wichtigste Theil der Tagesordnung. Die Versammlung erklärte sich bereit, den seitens des Herrn Cultusministers, bezüglich der Unterhaltung solcher Schulen gestellten Bedingungen nachzukommen, um nicht allein die Kosten für Local, Heizung und Beleuchtung zu übernehmen, sondern auch außerdem eine, zu dem zu gewöhnlichen Staatszuschusse im richtigen Verhältnisse stehende Subvention in Aussicht zu stellen. Wer Allem aber ist dringend geboten, auf eine etwaige Abneigung von Handwerksmeistern, während der Unterrichtszeit auf die Arbeitskraft des Lehrlings zu verzichten, durchaus keine Rücksicht zu nehmen, zumal die Reichs-Gewerbe-Ordnung eine solche Rücksichtnahme ausdrücklich ausschließt. — Seit Anfang dieser Woche haben wir täglich die heftigsten Gewitterregen und in Folge dessen ist nicht allein die Getreibernte sehr gestört, sondern auch das auf den Feldern noch stehende, sowie bereits gemähte Getreide leidet ganz außerordentlich. Bei dem gestrigen, wiederum von einem wolkenbruchartigen Regen begleiteten Gewitter, zündete der Blitz die mit Roggen angefüllte Scheuer des Bauergutsbesizers Bieweg in dem nahe gelegenen Kriegshaus und nur dem in großer Menge niederströmenden Regen ist es zu danken, daß das Feuer auf seinen Heerd beschränkt blieb.

Der Verlust des vom Unfall Betroffenen ist ein ganz bedeutender, da der eingekerkerte Roggen leiser — nicht verbrannt war.

Δ Dhlau, 23. Juli. [Ein Gewitter] der heftigsten Art, wie sich eines solchen selbst bejaehrte Personen nicht zu erinnern wissen, zog nach vorhergehender ungewöhnlich drückender Schwüle heute Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr über unsere Stadt. Binnen 5 Minuten zählten wir 6 Schläge, die unter gleichzeitiger furchtbarer Detonation in nächster Nähe niederfielen. Ein solcher Schlag traf das königliche Kreis-Gerichts-Gebäude an seinem südlichen Giebel, warf eine Menge Dachziegel herunter, drang ohne zu zünden auf den Bodenraum, wo Strohlage, Wäsche und Kleiderstücke in bedeutender Menge lagern, ging an den Gipsdecken der Corridors im ersten Stockwerke fast in seiner ganzen Länge fort, indem an einzelnen größeren oder kleineren Stellen der Kalkputz abgeworfen wurde. Sodann wandte sich der electrische Funke auf drei zusammenlaufenden Linien einem Gasleitungsrohre zu, durch welches er wahrcheinlich nach dem Erdboden geleitet wurde. Auf der äußeren Giebelwand bemerkte man in der Höhe des Oberbodens ein durchbrochenes Mauerloch von der Größe des Viertels eines Fingerringes. Ein zweiter Blitz traf gleichfalls ohne zu zünden das neu erbaute Haus des Tabakfabrikanten Herrn Wegner und drang bis in die zu ebener Erde gelegene Wohnstube, in welcher er keine anderen Spuren zurückließ, als ein Loch in der Decke von der Größe einer starken Gewehrpatrone und der daraus entfernte Kalkputz. Frau Wegener, welche sich mit ihren Kindern in demselben Zimmer befand und sogar die Blitzfunken in demselben bemerkt hat, ist mit den Kindern völlig unversehrt geblieben. Auf dem Rathshaus sind zwei Brände im Kreise signalisirt. Der eine wird in Krause's Bau geschätzt. In Baumgarten soll eine Frau auf dem Felde erschlagen worden sein. Während des Ungewitters ergoß sich ein starker Platzregen, der alle Straßen überschwemmte.

n. Bedern, Kreis Dhlau, 23. Juli. [Gewitter. — Ernte. — Tollmuth.] Ueber die hiesige Gegend entliefen sich vor einigen Tagen mehrere schwere Gewitter, welche glücklicherweise wenig Schaden anrichteten. Im Jellischer Forsten legte der Blitzstrahl einige Bäume in Brand, der jedoch bald bemerkt und gelöscht wurde. In Laschowitz schlug das Gewitter ohne zu zünden in den Schwarzdorf eines Freigärtners, wo außer Tödtung eines Schweines kein weiterer Unglück zu beklagen ist. Die Gewitter brachten nach langer andauernder Dürre den ersehnten Regen, welcher die schmachlenden Fluren wieder einigermaßen erfrischte und dem Landwirth die Ackerbestellung für den Anbau des Herbstkorns ermächtigte. Die Korn-Ernte ist hier größtentheils beendet. Der Ertrag läßt in quantitativer Hinsicht viel zu wünschen übrig und bleibt gegen den vorjährigen weit zurück. Die Sommerfrüchte, wie Gerste und Hafer sind mit wenigen Ausnahmen mißrathen; ebenso war auch der Heuschmitt sehr dürftig. Die Hitze scheint auch auf die Hunde nachtheilig gewirkt zu haben. In dem nahegelegenen Modeland wurde auf der Dorfstraße ein Kind von einem tollen Hunde angefallen, zur Erde geworfen und durch mehrere Bisse verwundet. Von einigen Personen verfolgt, erlitt ihn am biesigen Orte sein Schicksal. Er wurde hier zur Verhütung weiteren Unglücks getödtet.

[Notizen aus der Provinz.] * Brimkenau. Am 21. d. M. wurde vom Revierförster Pankart auf einem Kartoffelfelde, welches zum Dominium Glatzdorfs (Gerricht Brimkenau) gehört, wahrgenommen, daß dasselbe dem Heuschrecken maffenhaft befallen war. Laufende lagen todt auf dem Kartoffelstängel, Tausende sprangen lebend herum. (S. die heutige Morgen-Nr. der „Bresl. Ztg.“ unter der Rubrik „Prob.-Ztg.“)

† Löwenberg. Am Dienstag Nachmittag zogen Gewitter über die Gegend von Merzdorf am Biber, die mit einem heftigen Regengusse verbunden waren, so daß das Wasser ordentlich in Strömen die Verglehen herabschloß. Ein Blitzstrahl traf in den Schafstall des unweit der Kirche gelegenen Roth'schen Gutes und zündete. Zwei Schweine und auf dem Boden lagerndes Getreide sollen dabei mit verbrannt sein. Es ist dies nun bereits der dritte durch Blitzschlag entstandene Brandschaden, der Merzdorf in diesem Jahre betroffen.

Δ Schweidnitz. Auch in unserer Stadt wird der 2. September, der Gedentag von Sedan, wiederum festlich begangen werden. Wie verlautet, wird in den nächsten Tagen die Bildung eines Comites erfolgen, welches sich mit den Vorbereitungen zur Feier dieses Nationalfestes beschäftigen wird. Zur Vorfeier wird von Seiten des Gesangsvereins eine Gesangs-Aufführung im hiesigen Stadttheater stattfinden; es wird beabsichtigt, den Ertrag dieses Concerts als Fond zur Errichtung eines Denkmals auf dem Wilhelmshofplatz anzulegen.

* Warmbrunn. Der „Vote“ erzählt: Am 20. d. M. Nachmittags trafen der Herr Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Dr. Friedenthal, von Berlin nebst Frau Gemahlin, diese aber Breslau kommend, zu längerem Aufenthalte hier ein und flogen im Hotel zum „Schwarzen Adler“ ab, woselbst die bestellten Zimmer bereit gehalten waren. Unmittelbar nach ihrer Ankunft entlief sich über unserem Orte ein furchtbarer Gewitter und schlug an vier verschiedenen Stellen — hinter den Colonnaden auf dem Weichberge, auf den Dämmen, auf der Fischenstraße, in den Thurn der kath. Kirche — ein, glücklicherweise aber ohne zu zünden. Am Thurn hatte der Blitz den untern Theil des Bleibalters zertrümmert, von da ab in die Mauer, an welcher die Verkaufsstellen angebaut sind, gefahren, durch die erste am Thurn stehende Waude hindurch, bei der darin sitzenden Schuhmachersfrau Richter vorbei und zur offenkundigen Thür hinaus. Zwei in der Thür stehende Frauen wurden niedergeworfen, ohne aber weiteren Schaden davon zu tragen, als daß die eine mehrere blaue Flecke an der Hand hatte. Das tiefe Loch, welches der Blitz in die Mauer geschlagen hatte, zog eine wahre Völkerverwanderung herbei. In den letzten Tagen hat sich unser Vadeort recht gefüllt, und ist überhaupt der Fremdenverkehr endlich ein recht reger geworden. n. Insbesondere haben die Orte Hermisdorf, Schreibersau, Krummhübel, Seiborf, Giersdorf zum Theil viel Gäste erhalten und hier die Quartiere besetzt. Ebenso ist seit Sonnabend der Besuch des Gebirges ein besserer geworden, wo Referent auf der Tour über die Schneegruben nach der neuen schlesischen Waude sich selbst überzeugte.

Berlin, 23. Juli. Der lustlose Haltung, diesem charakteristischen Merkmal unserer Vörl, hatte sich heute noch eine gewisse Vermischung zugesellt, die ihre Begründung herleitete aus den Vorgängen auf finanziellen und politischen Gebiete, und aus Elementar-Ereignissen. Die gemeldete Aus-schreibung einer Einzahlung auf die Judenberger Werke tangirte zunächst allerdings nur Deffter. Credit-Actien, als aber Wien darauf hin mact gemeldet wurde, mußten auch noch der Fortschritt der Bewegung in Bosnien und die weiteren Ueberschwemmungen in England dazu herhalten, der allgemeinen Stimmung jeden weiteren Aufschwung, als den etwa durch Deductionen hervorgerufenen, abzuwehren. Das Dementi, welches die Nachricht des „Wiener Tagblatt“ aus Prag wonach ein dortiges Bank-Institut in finanziellen Verlegenheiten sich befunden haben sollte, ersuhr, ging unbeachtet vorüber. Die internationalen Speculationseffecten gingen mit Ausnahme der Deffter. Creditactien mit wenig veränderten Courten aus dem heutigen Börsen-verkehr hervor. Zwar hatten Lombarden und Franzosen ebenfalls mit ermäßigten Notierungen eingeseht, bald bewirkten aber Deductionskäufe ein langsame Anheben der Courte, das bis zum Schluß anbauerte und die Notiz auf das gestrige Niveau hob. In Deffterreichischen Nebenbahnen blieb der Umlauf sehr klein und neigte auch hier die Tendenz zur Mattigkeit. Der lebhafte gestiegene Cours für Galizier wurde zu umfangreicheren Realisationsverläufen benutzt und schlug in Folge dessen rückgängige Bewegung ein. Die localen Speculationswerthe beibehielten sich aber kaum am Verthe. Laurabütte hatte niedriger eingeseht, gewann später aber an Festigkeit. Disconto-Commandit 153,40, ultimo 152,75—152,50—153,25—153, Dortmund Union 13,10, Laurabütte 87,25, ultimo 87—87,25. Ausländische Staatsanleihen fanden wenig Beachtung, bekundeten im Allgemeinen aber eine feste Haltung. Deffterreichische Renten und Italiener sehr ruhig. Unter den russischen Werthen zeichneten sich Prämien-Anleihen durch rege Frage aus. Preussische und andere deutsche Staats-Papiere fest aber still. Das Prioritäten-Geschaft war recht fest, ließ jedoch Reglement durchaus vermissen. Neue Lombardische sehr fest. Auf dem Eisenbahnenmarkt stagnirte das Geschaft fast vollständig. Die schweren Bahnen behaupteten feste Courte mit ziemlicher Festigkeit. Halberstädter eher anziehend, Oberschlesische fest. Leichte Bahnen ganz vernachlässigt. Oberbessische Bahnen matter, auch Lüttich-Imburger und Berlin-Dresden nachlassend, ebenso hatten Rumänen in Bezug auf Festigkeit eingebüßt, dieselben gingen aber in Posten um. Ebenso ist von Bantem wenig zu erwähnen. Preuss. Bodencredit sehr beliebt bei steigendem Course, auch Bantverein besser, Berliner Kassenverein, Braunschweiger Bank und Hannoversche Bank anziehend. Deutsche Hypothekendarb (Berlin) andauernd in guter Frage. Gewerbe, jog um eine Kleinigkeit an. Industriepapiere behaupteten sich bei geringem Geschaft ziemlich gut. Vauderein Friedrichshain beliebt, Centralfactorie rege und ebenso wie City anziehend, Rathenower Holz ging zu besserer Notiz um, Nordb. Eisenbahn, besser, Linde Wagenbau eher gefragt, Wilhelmshütte und Derschle. Eisenbahn, beliebt, Egells matter, ebenso Wöhlert, Leopoldshaus in günstiger Stimmung, Aachen-Höngen einige Procente höher, Hibernia fest, Bochum und König Wilhelm höher. — Um 2 1/2 Uhr: Credit 385,

Lombarden 172, Franzosen 510, Disconto-Commandit 153, Dortmund. Union 13 1/2, Laura 87 1/2.

[Aus dem Jahressbericht der Handelskammer für die Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg.] Der Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Reichenbach, Schweidnitz und Waldenburg enthält viel interessantes Material über diejenige Industriezweige, welche in jenen Kreisen hauptsächlich cultivirt werden; dahin gehören die Textil- und Montanindustrie. Der Bericht bezeichnet das Jahr 1874 als dasjenige der Entfaltung nach einer Reihe von Jahren, die durch mannigfache wechselvolle und merkwürdige Ereignisse stürmisch bewegt waren; das Jahr 1874 hat den Charakter der Mäßigkeit, ja fast der nervösen Abspannung von Anfang bis zu Ende festgehalten. Ueber die Arbeiterverhältnisse spricht der Bericht in folgender Weise aus: „In gleicher Weise, wie die ganze Industrie in ruhigeren Bahnen gelangt ist, ist auch die Bewegung unter der Arbeiterbevölkerung in diesem Jahre viel geringer geworden. Bei der Vollkommenheit der wirtschaftlichen Freiheit, welcher sich unsere Arbeiter erfreuen, bei der Leichtigkeit, mit der sich alle Ideen vermehren der Preis- und Vereinsfreiheit verbreiten können, war es nur zu natürlich, daß der Geist wirtschaftlichen Uebermuths, der bieshalb die Leiter der Industrie besetzte, seinen Abgang in der Arbeiterbevölkerung fand. Somit es dem gebildeten Publikum ausreichen erschien, um Geld zu verdienen, wenn es überhaupt eine Industrie ins Leben setzte, ohne nach dem Bedürfnis derselben und danach zu fragen, ob es die Kenntnisse und die Kraft besaß, um sie zu pflegen, ebenso glaubte auch der Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistungen die Berechtigung und die Möglichkeit reichlichen Lohnes zu haben, bloß weil er Arbeiter war. Das Arbeiten selbst schien ihm bieshalb ganz Nebensache; daß auf die Dauer nur durch erhöhte Leistungen auch höherer Lohn zu erzielen sei, war ihm ein veralteter Standpunkt, durch Streikvereine höhere Löhne zu erzwingen, das war die neue Weisheit. — Wunderbar war dies nicht, ist doch der Arbeiter bei uns noch ein Kind im Verständnis der Volkswirtschaft und das Sprichwort: „Wie die Alten tungen, so zwischerten die Jungen“ bewährte sich auch hier. — Doch die wirtschaftlichen Gesehe lassen sich nicht auf den Kopf stellen; wenig Arbeiten und viel Lohn können auf die Dauer nicht neben einander bestehen. Der unendlich scheinende Strom der Nachfrage zerrann, die Streiks hatten keinen Erfolg mehr, die Zeit, wo der Arbeiter beliebig den Preis der Arbeit festsetzen konnte, war vorbei, und er mußte wieder mit dem zufriednen sein, was ihm für seine Arbeit geboten wurde. Das Jahr 1874 bietet deshalb ein ruhiges Bild in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse. — Doch sind die alten Folgen der vergangenen Jahre noch nicht überwunden, theils hat der Arbeiter noch nicht die Arbeit wieder lieb gewonnen, sie erscheint ihm als ein notwendiges Uebel, seine Leistungsfähigkeit ist deshalb bieshalb geringer wie früher, theils hat er manche kostspielige Gewohnheiten, welche er sich in den guten Zeiten angewöhnt, noch nicht wieder ablegen können, und dies verschlechtert seine wirtschaftliche Lage. Auch ist zu fürchten, daß er, wenn sich die Verhältnisse irgend bessern, schneller wieder in die alten Fehler zurückfallen wird, als die Industrie selbst, deren Leiter sich mehr der Gesehe bemußt sind, nach denen sich ihr Prosperiren richtet. Der Industrie werden daher in den nächsten Jahren auch aus diesem Grunde mancherlei Schwierigkeiten entstehen und ihre Erträge werden sich nicht so schnell wieder bessern, wie sie zurückgegangen sind.“

Im Anschluß hieran erwähnt der Bericht schließlich auch in jenen industriellen Kreisen bieshalb ausgesprochenen Wunsch, nämlich den, es möge auch in der Arbeiter-Gesetzgebung Deutschlands, die in den letzten Jahren soviel Veränderungen erfahren hat, endlich einmal auf einige Zeit Ruhe eintreten. Nicht nur daß das Aufheben aller früher bestehenden Schranken ein ganz neues Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern voraussetzt, für das nicht so leicht die passenden Formen gefunden sind, auch die Gesehe über die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter und der Kinder sind in der Praxis nicht so schnell durchzuführen, als dies am grünen Tische wohl erscheint. In manchem Fabrikationszweige veranlassen dieselben eine wesentliche Verminderung der Productionsfähigkeit oder Vertheuerung der Arbeit, und nicht immer ist die Industrie im Stande, die dadurch entstehenden Nachtheile durch Erhöhung der Preise auszugleichen, besonders da nicht, wo sie einer schwer überwindlichen Concurrenz des Auslandes, in welchem die Gesehegeben einen größeren Spielraum läßt, ausgesetzt ist. In solchen Fällen finden die Gesehe dann auch unter den Arbeitern selbst einen heftigen Widerstand, da sich diese in ihrem gewöhnlichen Erwerbe durch dieselben beeinträchtigt finden. Die Gesehegeben ist in Folge dessen durchaus noch nicht überall durchgeführt, und erscheint es deshalb rathsam, doch erst abzuwarten, bis sie voll ins Leben getreten ist, und ihre Folgen klar liegen, ehe wieder an Neuerungen herangegangen wird.

Die Leinengarn-Spinnereien befanden sich das ganze Jahr hindurch in wenig beneidenswerther Lage. Für Flach mußte in Folge der schlechten Ernte ein Aufschlag von ca. 10 p. Ct. gezahlt werden bei einer gegen die des Vorjahres zurückgehenden Qualität. Die Hoffnung der Spinner, diesen Anschlag durch höhere Preise zu deden, erfüllte sich nicht, da die Preise der Lowgarne sehr gedrückt waren.

Die Fabrication von ordinären Halbleinen, die in ausgedehnter Weise betrieben wird, ist wesentlich zurückgegangen, offenbar unter dem Drucke der billigeren Baumwollenwaaren und der geringeren Consumtionsfähigkeit der Arbeiterbevölkerung.

Der Hauptmarkt für die leinenen Gewebe ist vor Allem das Zollvereinsgebiet, und zwar für die leichten Süddeutschland und der Osten, für die schwereren der Norden und Westen. Der Export nach Amerika hat fast ganz aufgehört und nach Rußland mögen von dort nur noch höchstens 20,000 Stück gehen, während dieses in früheren Jahren das Hauptabsatzfeld war. Allein Rußlands Leinenindustrie ist durch die Gunst seiner hohen Schutzzölle so erstarkt, daß ihr die fremden Produktionsstätten bald ganz überflüssig sein werden.

Die Maschinenweberei hat keine Vergrößerung in diesem Jahre erfahren. Es ist ein kleines Stablisement am Ende desselben zum Stillstand gekommen und es ist zweifelhaft, ob dasselbe wieder in Betrieb gesetzt werden wird. Dagegen ist ein anderes kleines Stablisement für ganz grobe Gewebe entstanden.

Die Garnbleichen waren nicht besonders beschäftigt, es wurden am Ende des Jahres billigere Bleichschiffe offerirt. Auch in dieser Branche hören die kleineren Stablisements, die ein langwierigeres, mehr auf die Einwirkung der Sonne berechnetes Verfahren beim Bleichen einschlagen, immer mehr auf; während neue größere Stablisements entstehen, in denen die Einwirkung von Chemikalien eine größere Rolle spielt. Auch in diesem Jahre ist eine neue, nach den besten englischen Mustern eingerichtete Leinengarnbleiche errichtet worden.

Die Stachbleichen waren voll beschäftigt, und konnten das Bleichlohn ein wenig erhöhen, doch möchte dies mehr dem allmählichen Verschwinden der kleinen Bleichen zuzuschreiben sein, als einem vergrößerten Geschaft. Die Stachbleicherei wurde bisher in Schlesien außerordentlich schlecht bezahlet. Trotzdem konnten die Bleichen allenfalls bestehen, weil ihr Betrieb ein handwerkmäßiger und hauptsächlich auf Handarbeit basirt war, diese aber bekanntlich in Schlesien früher sehr billig war. Mit den steigenden Arbeitslöhnen haben sich diese kleinen Bleichen allmählich aufgelöst und sind verschwunden.

In dem Bezirk der Handelskammer hat sich im Jahre 1874 die Baumwollspinnerei nicht vergrößert. — Die vorhandenen Stablisements sind nur für die in unmittelbarer Nähe ihrer Gespinne stattfindende Verarbeitung eingerichtet und beschränken sich immer fast ausschließlich mit der Herstellung von Vargent-Garnen in niedrigen Nummern, welche sich bei der mangelhaften ausgefallenen Qualität der dazu nöthigen Bengal-Baumwolle nicht vortheilhaft spinnen und selbst bei den erreichten höchsten Preisen nur sehr knappen Nutzen abgibt.

Die Anzahl der selbstständigen Weber beträgt im Kreise Reichenbach 3811, Schweidnitz 1571, Waldenburg 2293, zusammen 7675 Weber gegen 7355 im Jahre 1873. Die Anzahl der männlichen und weiblichen Gespinnen mit Einschluß der Familienmitglieder beträgt zusammen in den drei Kreisen 6954. Von Webestühlen waren im Gange 12,953 Hand- und 1978 Maschinenstühle, von eritern 182 weniger, von letzteren 112 mehr als im Jahre 1873. (Fortsetzung folgt.)

[Die Eisenbahn Bietzig-Saybusch] soll nun im Herbst von der Nordbahn gebaut werden. Betreffend die Verlängerung über Saybusch hinaus bis zur Station Gascia der Kaschau-Oderberger Bahn wurde noch kein Beschluß gefaßt, doch würde in Anbetracht der hierdurch zu gewinnenden gewaltigen ungarischen Kopeisentransporte und des Durchzugsverkehrs mit der „Neckel-Oder-Fluss-Bahn“ gerade diese Strecke der wichtigere Theil des Projectes sein. Wie bekannt, gedenkt die Nordbahn in dieser Bahnanlage, die aus dem Verkauf der Theilstrecke Floridsdorf-Stoderau frei gewordenen Capitalien zu investiren.

Berlin, 23. Juli. [Productenbericht.] Roggen wurde anfänglich mehrtheilig begehrt und ist auf alle Seiten merklich besser befaßt worden, ermatte später zwar, schließt indessen höher als gestern, ziemlich fest. Ecco ist wenig Handel. — Roggenmehl schwankend, aber im Durchschnitt etwas besser als gestern. — Weizen anfangs ziemlich aufgereg, wurde später ruhiger, hat jedoch einen merklichen Aufschwung gegen gestern schließlich beibehalten. — Hafer loco rubig, Termine wenig verändert. — Rübsel fester,

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertheilung, Dr. W.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.